

MANDANTENDATEN

Stand: 01/2022

Bei gewerblichen Mandaten:

Firma u. Rechtsform, gesetzlicher Vertreter

Registernummer

vorsteuerabzugsberechtigt:

ja / nein

Verpflichtung gem. Geldwäschegesetz

Wir sind in vielen Fällen gesetzlich verpflichtet, die Identität unseres Auftraggebers und die Frage nach dem/der wirtschaftlich Berechtigten zu überprüfen. Daher benötigen wir bei juristischen Personen in der Regel einen Registerauszug. Privatpersonen fragen wir nach einem Ausweisdokument.

- Registerauszug liegt vor
 Registerauszug ist abzurufen
 Identität, Ausweisdokument geprüft

Aktualisierung Ihrer Daten:

Bitte informieren Sie uns jeweils umgehend bei Änderung der hier angegeben oder sonst für das Mandat wichtigen Daten sowie bei einer postalischen oder telefonischen Unerreichbarkeit von mehr als einer Woche.

Datum:

Name, Vorname

ggf. gesetzlicher Vertreter

Strasse

PLZ, Ort

Geburtsdatum

Telefon privat

Telefon beruflich

Mobiltelefon

Telefax

Staatsangehörigkeit

E-Mail

Beachten Sie bitte die besonderen Erläuterungen zur Kommunikation per E-Mail und Telefax auf der Rückseite dieses Formulars. **Bitte machen Sie hier nur dann Angaben, wenn Sie mit der Kommunikation über diesen ungeschützten Übermittlungsweg einverstanden sind.**

Datenschutz: Wir erheben, verarbeiten und nutzen Ihre Daten nach den gesetzlichen Bestimmungen um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können, um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können, zur Korrespondenz mit Ihnen, zur Rechnungsstellung, zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie. Hierzu werden die Daten auch in der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) erfasst und gespeichert. Hierzu gehören auch die Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandates notwendig sind. Im Rahmen der anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht werden Ihre Daten vertraulich behandelt.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt z.B. eine formlose E-Mail an: kanzlei@f28anwalt.de.

ERKLÄRUNGEN DES AUFTRAGGEBERS

Ich bin mit den Mandatsbedingungen der Anwaltskanzlei Frank Röthemeyer einverstanden und habe von der Datenschutzerklärung Kenntnis genommen. Ich bin darüber informiert, dass es meine freie Entscheidung ist, die nachfolgenden Erklärungen abzugeben.

Sollte ich diese (teilweise) nicht abgeben oder später widerrufen, wird der Rechtsanwalt entscheiden, ob die Bearbeitung meines Anliegens aus seiner Sicht noch möglich ist. Ist dies nicht der Fall, kommt ein Mandat nicht zustande bzw. wird nach deren Ermessen durch den Rechtsanwalt ohne Verlust bereits entstandener Gebührenansprüche beendet.

Soweit Einwilligungen durch mich erteilt werden, beziehen sich diese auf jede automatisierte und manuelle Form der Verarbeitung, gleich ob digital oder analog. Ich erteile insbesondere die nachfolgenden Einwilligungen:

a) Kommunikation

Ich wurde durch den Rechtsanwalt darauf hingewiesen, dass die schnelle und unkomplizierte Kommunikation per unverschlüsselter E-Mail oder per Telefax unsicher sein kann. Auch E-Mails können von Dritten wie eine Postkarte gelesen werden. Über elektronische Datenübermittlung können sich Viren, Trojaner und sonstige Schadprogramme verbreiten.

- Ich willige ein, dass der Rechtsanwalt unverschlüsselt über die von mir angegebene E-Mail-Adresse und/oder Telefaxnummer auch vertrauliche Informationen sowie personenbezogene Daten übermittelt und mit mir kommuniziert.
- Ich willige ein, dass der Rechtsanwalt im Rahmen der Mandatsbearbeitung auch mit beteiligten Dritten per unverschlüsselter E-Mail oder Telefax kommuniziert und Informationen sowie personenbezogene Daten übermittelt.

b) Verarbeitung besonders schützenswerter personenbezogener Daten gem. Art. 9 Abs. 1 DSGVO

Im Rahmen der Mandatserteilung unterrichte ich den Rechtsanwalt umfassend über die für die Bearbeitung des Mandates relevanten Umstände einschließlich besonders schützenswerter personenbezogener Daten. Auch benenne ich Stellen (z.B. Ärzte, Krankenhäuser, ReHa-Einrichtungen, Kranken- und Rentenversicherungen, usw.) bei denen der Rechtsanwalt selbst solche Daten erheben und verarbeiten darf (z.B. im Rahmen von Attestanforderungen, Abfrage ärztlicher Stellungnahmen und Gutachten, Information von Sozialleistungsträgern und Versicherungen, usw.). Auch wünsche ich, dass der Rechtsanwalt sich mit den von mir benannten Stellen direkt austauschen darf und Informationen wechselseitig gegeben werden können.

Ich willige ein, dass der Rechtsanwalt die von mir und Dritten im Rahmen der Mandatserteilung und im laufenden Mandat mitgeteilten

- | | | |
|--|--|--|
| <input type="checkbox"/> Gesundheitsdaten | <input type="checkbox"/> genetischen Daten | <input type="checkbox"/> biometrischen Daten |
| <input type="checkbox"/> Daten zur rassischen oder ethnischen Herkunft | <input type="checkbox"/> Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung | |
| <input type="checkbox"/> Gewerkschaftszugehörigkeit | <input type="checkbox"/> politischen Meinung | |
| <input type="checkbox"/> religiöse oder weltanschauliche Überzeugung | | |

verarbeitet; und zum Zwecke der Erfüllung des erteilten Auftrages bei von mir benannten Dritten solche Daten selbst erhebt und verarbeitet

c) Strafrechtliche Verurteilungen gem. Art. 10 DSGVO

Daten über strafrechtliche Verurteilungen werden z.B. im Rahmen einer Strafverteidigung, eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens oder im Zusammenhang mit anderen Verfahren bekannt und benötigt.

- Ich willige ein, dass der Rechtsanwalt die von mir und Dritten (insbesondere Behörden) im Rahmen der Mandatserteilung und im laufenden Mandat mitgeteilten Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten oder damit zusammenhängende Sicherungsmaßnahmen verarbeitet sowie zum Zwecke der Bearbeitung des Mandates selbst erhebt und verarbeitet.

d) Schweigepflichtsentbindung

Ich bin darüber informiert, dass ich frei über die Erteilung einer Schweigepflichtsentbindung entscheiden kann. Erteilte ich keine oder eingeschränkt Entbindung, ist der Auftrag insoweit beschränkt erteilt und ich erledige die Einbeziehung und Unterrichtung Dritter selbst.

- Ich willige ein, dass der Rechtsanwalt in Erfüllung des erteilten Auftrages meine personenbezogenen Daten und besonders schützenswerte personenbezogenen Daten an Dritte übermittelt und dass diese dort für die angeführten Zwecke im gleichen Umfang verarbeitet werden dürfen, wie der Rechtsanwalt es dürfte. Insoweit werden der Rechtsanwalt sowie seine Mitarbeiter ausdrücklich von der Verschwiegenheitspflicht befreit, insbesondere gegenüber allen von mir benannten Dritten, dem Rechtsschutzversicherer und sonst beteiligten Versicherungen.
- Bemerkungen/Einschränkungen

d) Gebührenhinweis

Ich wurde vor der Mandatsbegründung darauf hingewiesen, dass sich die zu erhebenden Gebühren, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart wird, ausdrücklich nach dem Wert, den der Gegenstand der anwaltlichen Tätigkeit hat (§§ 2 RVG, 49 b Abs. 5 BRAO), richten. Für die Vertretung in Bußgeld- oder Strafsachen richtet sich die Rechtsanwaltsvergütung dagegen weitestgehend nach Rahmensätzen, soweit keine Vergütungsvereinbarung getroffen wird. Auf die Kostentragungspflicht im arbeitsrechtlichen Gerichtsverfahren des ersten Rechtszugs gem. § 12a ArbGG wurde ich ausdrücklich hingewiesen.

Balingen, den _____

Unterschrift Auftraggeber

MANDATSVEREINBARUNGEN

Stand: 01/2022

Name, Vorname

Anschrift

wegen der Angelegenheit

1. Geltungsbereich, Mandatsverhältnis

Diese Vereinbarungen gelten für sämtliche Verträge des Auftraggebers mit dem Auftragnehmer, welche die Erteilung von Rat und Auskünften sowie Geschäftsbesorgung und Prozessvertretung beinhalten. Ein Mandatsverhältnis kommt erst durch die ausdrückliche Annahme eines Auftrages durch den Auftragnehmer zustande. Der Umfang des Auftrages ergibt sich ergänzend aus der dem Auftragnehmer erteilten Vollmachtsurkunde und den vom Auftraggeber vorgelegten Unterlagen. Die Zuordnung der Sachbearbeitung erfolgt durch den Auftragnehmer in eigener Entscheidung entsprechend der Kanzleiinternen Organisation. Geschäftsbedingungen des Auftraggebers finden nur Anwendung, wenn dies schriftlich vereinbart wurde.

2. Pflichten des Auftraggebers

Der Auftraggeber ist verpflichtet, den Auftragnehmer bei der Auftragsdurchführung zu unterstützen, insbesondere alle erforderlichen Informationen und Unterlagen rechtzeitig, umfassend und vollständig zur Verfügung zu stellen. Adressänderungen sowie Änderungen der Kommunikationsdaten sowie längere Abwesenheitszeiten sind mitzuteilen. Etwaigen Schaden oder Rechtsverluste, welche aufgrund nicht rechtzeitiger Mitteilung eintreten, trägt allein der Auftraggeber. Der Auftraggeber ist verpflichtet, sämtliche Schriftstücke, Schriftsätze und sonstigen Unterlagen welche ihm im Rahmen der Mandatsbearbeitung zur Kenntnis gebracht werden, zeitnah auf Vollständigkeit und Korrektheit der Inhalte zu überprüfen und den Auftragnehmer auf etwaige Lücken oder Fehler hinzuweisen.

3. Anwaltsvergütung, angemessener Vorschuss

Der Auftraggeber bestätigt, vor Auftragserteilung darauf hingewiesen worden zu sein, dass sich die zu erhebenden Gebühren, soweit nicht eine gesonderte Vergütungsvereinbarung mit dem Auftraggeber getroffen wurde, nach dem Wert, den der Gegenstand der anwaltlichen Tätigkeit hat (§§ 2 RVG, 49 b Abs. 5 BRAO), richten. Für die Vertretung in Bußgeld- oder Strafsachen richtet sich die Rechtsanwaltsvergütung dagegen weitestgehend nach Rahmensätzen, soweit keine Vergütungsvereinbarung getroffen wird. Es gelten die gesetzlichen Gebührevorschriften nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) in der jeweils gültigen Fassung soweit nichts Abweichendes vereinbart wurde. Der Auftragnehmer ist berechtigt, angemessene Vorschüsse zu verlangen (§ 9 RVG). Von dem Auftragnehmer im Verlaufe des Mandates verauslagte Kosten sind, nebst gesetzlicher Umsatzsteuer, auf Anforderung zu erstatten. Für gemeinsam erteilte Mandate haften mehrere Auftraggeber gesamtschuldnerisch.

Der Auftraggeber bestätigt, vor Auftragserteilung, durch den Auftraggeber auf die Kostentragungspflicht im arbeitsrechtlichen Gerichtsverfahren des ersten Rechtszugs gem. § 12a ArbGG ausdrücklich hingewiesen worden zu sein.

Der Auftraggeber bestätigt, vor Auftragserteilung, durch den Auftragnehmer darauf hingewiesen worden zu sein, dass für die Auszahlung oder Rückzahlung von entgegengenommenen Geldbeträgen die gesetzliche Hebegebühr gem. Ziff. 1009 VV-RVG erhoben wird.

4. Vergütungsvereinbarung bzgl. Kopien, Ausdrucken und Fahrtkosten

Abweichend von der gesetzlichen Regelung nach dem RVG, vereinbaren der Auftragnehmer mit dem Auftraggeber, dass in allen Fällen für alle angefertigten Kopien, Scans und/oder Ausdrücke der Betrag von € 0,50 pro Stück sowie bzgl. der Fahrtkosten für die Reise mit dem PKW der Betrag von € 0,50 pro gefahrenem Kilometer an den Auftragnehmer zu vergüten ist. Hinzu kommt jeweils die gesetzliche Umsatzsteuer. Diese Vergütung übersteigt die gesetzliche Vergütung. Soweit die vereinbarte Vergütung die gesetzliche Vergütung übersteigt, wird sie nicht vom Gegner oder einem Dritten (Rechtsschutzversicherung, Staatskasse bei Prozesskostenhilfe) erstattet.

5. Sicherungsabtretung, Gebührenfestsetzung

Es wird hiermit die Vereinbarung bestätigt, dass eingehende Zahlungen von dem Auftragnehmer zunächst zur Deckung seiner Gebühren und Auslagen verwendet werden sollen und Kostenerstattungsansprüche gegen Dritte (insbesondere gegen die Gegenpartei und die Staatskasse) bis zur Höhe der ihnen zustehenden Vergütung an den Auftragnehmer abgetreten worden sind. Der Auftraggeber erteilt die Zustimmung, dass Rahmengebühren in Höhe des jeweiligen Höchstbetrages der anzuwendenden Bestimmungen gegen ihn nach § 11 RVG festgesetzt werden können. Der Auftragnehmer nimmt diese Zustimmung an.

6. Haftungsbegrenzung

Die Haftung des Auftragnehmers aus dem Mandatsverhältnis auf Ersatz eines durch einfache Fahrlässigkeit verursachten Schadens wird hiermit auf € 1.000.000,00 beschränkt (§ 52 Abs. 1 Nr. 2 BRAO). Die Haftungsbeschränkung gilt nicht, wenn der Schaden grob fahrlässig oder vorsätzlich verursacht worden ist, ferner nicht für die Haftung für schuldhaft verursachte Schäden wegen Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit einer Person.

Für die Tätigkeit des Auftragnehmers besteht Berufshaftpflichtversicherungsschutz bei der Allianz Versicherung AG in Höhe der vierfachen gesetzlich vorgeschriebenen Mindestversicherungssumme für Haftpflichtansprüche aus der Inanspruchnahme des Versicherungsnehmers für Deutschland und das Gebiet der EU. Sollte aus Sicht des Auftraggebers eine über diesen Betrag hinausgehende Haftung abgesichert werden, so besteht für jeden Einzelfall die Möglichkeit einer Zusatzvereinbarung, die auf Wunsch und Kosten des Auftraggebers abgeschlossen werden kann.

7. Handakten

Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Herausgabe zu verweigern, solange die Rechnungen über die Anwaltsvergütungen nicht bezahlt sind. Die Herausgabepflicht erstreckt sich nur auf Schriftstücke, die der Auftraggeber nicht bereits in Abschrift erhalten hat.

8. Verlängerte Speicher-/Aufbewahrungsfrist

Der Auftraggeber willigt für den Fall etwaiger kürzerer gesetzlicher Speicher-/Aufbewahrungsfristen ein, dass der Auftragnehmer alle im Zusammenhang mit dem Mandat verarbeiteten Daten und angelegten Akten, gleich ob der Vertrag zustande kommt oder nicht, für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren ab dem Ende des Kalenderjahres des Mandatsendes zu den oben genannten Zwecken verarbeitet und speichert. Etwaige längere gesetzliche Fristen bleiben unberührt.

9. Erfüllungsort, Gerichtsstand

Für das Mandatsverhältnis wird, soweit gesetzlich zulässig, der oben genannte Sitz des Auftragnehmers als Erfüllungsort und Gerichtsstand vereinbart, letzterer falls vermögensrechtliche Ansprüche erhoben werden und der Auftraggeber keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland hat, seinen Sitz nach Auftragserteilung aus dem Geltungsbereich der ZPO verlegt oder der Sitz im Zeitpunkt der Klagerhebung nicht bekannt ist, sofern nicht ein ausschließlicher Gerichtsstand begründet ist oder der Bevollmächtigte einen gesetzlichen Gerichtsstand des Auftraggebers wählt. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland oder nach Wahl der Rechtsanwälte das Recht am Sitz des Auftraggebers.

Ich wünsche die anwaltliche Beratung und/oder Vertretung (§§ 675, 611 BGB) durch den Auftragnehmer. Mit den Mandatsbedingungen bin ich einverstanden und erteile hierdurch Mandat. Soweit ich als gesetzlicher Vertreter handele, gelten alle Erklärungen für und gegen den/die Vertretene.

Ich bestätige hiermit, die Mandatsvereinbarungen und die Datenschutzhinweise des Auftragnehmers in schriftlicher Form erhalten zu haben.

Mit der Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten entsprechend den Regelungen der DSGVO und den erteilten Datenschutzhinweisen durch den Auftragnehmer bin ich einverstanden.

Balingen, den _____

Unterschrift Auftraggeber

Rechtsanwalt Röthemeyer

WIDERRUFSBELEHRUNG

Stand: 01/2022

Sie möchten eine anwaltliche Dienstleistung erhalten und diese, zunächst oder vollständig, über Fernkommunikationsmittel wie z.B. Telefon, Videokonferenz, E-Mail, Telefax, Brief, usw. abwickeln. Sie sind darüber informiert, dass die anwaltliche Dienstleistung nur kostenpflichtig erfolgt und Sie eine Rechnung hierüber erhalten. Zur Dokumentation der Belehrung über Ihr gesetzliches Widerrufsrecht, wird Ihre Unterschrift benötigt (1. Unterschrift). Sofern Sie wünschen, dass ich vor Ablauf der Widerrufsfrist mit der vereinbarten Dienstleistung beginne und Sie z.B. berate oder mit der Mandatsbearbeitung anfangen, ist es erforderlich, dass Sie auch der vorherigen Ausführung zustimmen (2. Unterschrift).

Angelegenheit: Beratung per Telefon, Videokonferenz, E-Mail, Telefax, Brief, usw.

sonstiges: _____

Name, Vorname

Anschrift

Widerrufsbelehrung

Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage ab dem Tag des Vertragsschlusses.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie die Anwaltskanzlei Frank Röthemeyer mittels einer eindeutigen Erklärung, z.B. durch einen mit der Post versandten Brief, ein Telefax oder eine E-Mail, über Ihren Entschluss, den Vertrag zu widerrufen, informieren. Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie diese Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, unverzüglich und spätestens 14 Tage ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf in unserer Anwaltskanzlei eingegangen ist. Für die Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart. In keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass mit der Beratung oder Vertretung während der Widerrufsfrist begonnen werden soll, so haben Sie uns für bereits erbrachte Leistungen einen Betrag zu bezahlen, der dem Wert der bis zu diesem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrags unterrichten, erbrachten Leistungen entspricht.

Verlust des Widerrufsrechts

Ihr Widerrufsrecht erlischt vor Ablauf der Widerrufsfrist, wenn wir auf Ihre ausdrückliche Zustimmung hin mit der Ausführung der Leistungen begonnen haben und die Leistungen vor Ablauf der Widerrufsfrist vollständig erbracht wurden.

Ort, Datum

Unterschrift Auftraggeber

In Kenntnis der vorstehenden Widerrufsbelehrung verlange/n ich/wir als Auftraggeber ausdrücklich, dass die Anwaltskanzlei Frank Röthemeyer mit der Erbringung der Leistung bereits vor Ablauf der Widerrufsfrist beginnt. Mir ist bekannt, dass ich bei Widerruf bereits erbrachte Leistungen zu bezahlen habe und bei vollständiger Vertragserfüllung durch die Rechtsanwälte mein Widerrufsrecht verliere.

Ort, Datum

Unterschrift Auftraggeber

RECHTSSCHUTZVERSICHERUNG

Stand: 01/2022

Mandatsverhältnis und Gebührenanspruch

Ein Anwaltsvertrag bzw. Mandatsverhältnis kommt zustande zwischen Ihnen als Auftraggeber und der Anwaltskanzlei Frank Röthemeyer als Auftragnehmer. Gebührenschnldner für die Beratungsleistung oder weitere Tätigkeit der Anwaltskanzlei ist der Auftraggeber. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Gebührenrechnung auf den Namen des Auftraggebers auszustellen. Der Auftraggeber ist verpflichtet, die Gebührenrechnung zu bezahlen. Es gelten die Mandatsvereinbarungen.

Mögliche Leistung durch die Rechtsschutzversicherung

Sofern Sie selbst eine Rechtsschutzversicherung abgeschlossen haben oder aus der Geltung eines anderweitig begründeten Rechtsschutzversicherungsvertrages (z.B. durch den Partner, Elternteil, Arbeitgeber, Unternehmen, usw.) Versicherungsschutz genießen, übernimmt die Rechtsschutzversicherung aufgrund des Versicherungsvertrages möglicherweise die Gebühren für die anwaltliche Tätigkeit und die gerichtliche Durchsetzung Ihrer Rechte. Die Tatsache, dass eine Rechtsschutzversicherung abgeschlossen wurde, bietet jedoch noch keine Garantie dafür, dass diese auch im konkreten Fall eintrittspflichtig ist und Deckungszusage erteilt. Idealerweise haben Sie bereits mit Ihrer Rechtsschutzversicherung abgeklärt, ob diese eine Deckungszusage für Ihr aktuelles Anliegen erteilt.

Sofern Sie in Ihrem Versicherungsvertrag eine Selbstbeteiligung vereinbart haben, müssen Sie die Gebühren bis zum vereinbarten Betrag in der Regel selbst tragen. Genaueres ergibt sich aus dem Versicherungsvertrag.

Serviceleistung der Anwaltskanzlei Frank Röthemeyer

Liegt zum Zeitpunkt der Beauftragung noch keine Deckungszusage vor, kann für Sie kostenfrei eine Deckungsanfrage durch die Anwaltskanzlei gestellt werden. Es ist hierzu erforderlich, Ihre Rechtsschutzversicherung über den Grund der Auftragserteilung in Kenntnis zu setzen und ggf. Unterlagen zu übersenden. Sofern Sie dies wünschen, übermitteln wir, ebenfalls für Sie kostenfrei, zudem unsere Gebührenrechnungen und etwaige behördliche Kosten- und Gebührenanforderungen unmittelbar an Ihre Rechtsschutzversicherung mit der Aufforderung, diese direkt zu begleichen.

Es kommt jedoch immer wieder vor, dass Rechtsschutzversicherungen die Zahlung verweigern oder Kürzungen vornehmen. Bitte beachten Sie, dass bei Nichtzahlung oder nicht vollständiger Zahlung durch die Rechtsschutzversicherung Sie selbst die anfallenden Kosten und Gebühren bezahlen müssen. Von der kostenfreien Serviceleistung ist nicht umfasst eine etwaige streitige Auseinandersetzung mit Ihrer Rechtsschutzversicherung. Es ist kein Mandat gegen Ihre Rechtsschutzversicherung angenommen. Hierzu bedürfte es im Einzelfall einer gesonderten kostenpflichtigen Mandatierung.

Rechtsschutzversicherung

Versicherungsnehmer

Versicherungsnummer und/oder Schadennummer

Selbstbeteiligung

ja / nein

Betrag:

Die vorstehenden Hinweise und die Mandatsbedingungen der Anwaltskanzlei habe ich zur Kenntnis genommen.

- Ich wünsche auf dieser Grundlage durch die Anwaltskanzlei Frank Röthemeyer gegenüber meiner Rechtsschutzversicherung die Deckungsanfrage
- und die Gebührenabwicklung.
- Mit der Informations- und Datenübermittlung bin ich einverstanden. Ich befreie den Rechtsanwalt und seine Mitarbeiter gegenüber der Rechtsschutzversicherung ausdrücklich von der Verschwiegenheitspflicht.

Balingen, den _____

Unterschrift Auftraggeber

VOLLMACHT

Stand: 01/2022

Hiermit erteile ich

Herrn Rechtsanwalt Frank Röthemeyer, Friedrichstraße 28, 72336 Balingen

gegen

wegenVollmacht.

Die Vollmacht umfasst insbesondere

- die Prozessvollmacht (insbesondere gem. §§ 81 ff. ZPO, 67 VwGO, 73 SGG) für alle Instanzen sowie die Vertretung vor allen Behörden und Gerichten mit dem Recht zur Entgegennahme bzw. Abgabe von Kündigungen, Anfechtungs- und Aufrechnungserklärungen sowie zur Quittungsleistung in obigen Sachen, ferner die Erhebung von Widerklagen, den Abschluss von Vergleichen sowie die Einlegung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln und die Rücknahme derselben oder den Verzicht auf diese, die Erteilung von Untervollmacht, sowie die Vertretung in mit dem Hauptsacheverfahren zusammenhängenden Nebenverfahren
- die außergerichtliche Vertretung, Führung außergerichtlicher Verhandlungen und den Abschluss außergerichtlicher Vergleiche und sonstiger Vereinbarungen sowie Erklärung des Verzichts oder Anerkenntnisses
- das Recht Akteneinsicht zu nehmen
- in Unfallsachen die Wahrnehmung der Interessen des/der Vertretenen, insbesondere die Geltendmachung seiner/ihrer Ansprüche gegenüber Schädiger, Fahrzeughalter und Versicherer
- die Vertretung in Familien- und Kindschaftssachen, insbesondere zur Antragstellung auf Scheidung der Ehe, in Scheidungsfolgesachen sowie sonstigen Nebenverfahren und zwar im Verbund und außerhalb des Verbundes, zum Abschluss von Vereinbarungen über Scheidungsfolgen, zur Antragstellung auf Auskunftserteilung über Leistungen, Anwartschaften und Aussichten einer Versorgung im Rahmen des Versorgungsausgleiches sowie die Berechtigung, einen Verzicht auf Tatbestand und Entscheidungsgründe des Urteils zu erklären (§ 313 a ZPO), Rechtsmittel einzulegen, zurückzunehmen und auf Rechtsmittel und Anschlussrechtsmittel zu verzichten sowie Zustellungen zu bewirken und entgegenzunehmen
- die Vertretung in Arbeitsrechtssachen einschließlich der Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen und die Berechtigung zur Abgabe von einseitigen Willenserklärungen (z.B. Kündigungen)
- die Vertretung in Insolvenz-, Vergleichs-, Zwangsversteigerungs- und allen Zwangsvollstreckungsverfahren
- die Vertretungs- und Verteidigungsvollmacht nach §§ 137 ff., 302, 374 StPO, in sämtlichen Strafvollzugsangelegenheiten und in Ordnungswidrigkeiten einschließlich nach §§ 73, 74 OWiG, mit der Übertragungsbefugnis nach § 139 StPO, mit der gleichzeitigen Ermächtigung zur Einlegung und Rücknahme von Rechtsbehelfen, Rechtsmitteln und Einsprüchen sowie auf solche zu verzichten, zur Zustimmungserklärung nach §§ 153, 153 a StPO, zur Stellung und Rücknahme von Strafanträgen, zur Vertretung von Neben- und Privatklagen sowie die Vollmacht für die Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen für Strafverfolgungsmaßnahmen und zur Entgegennahme der Entschädigungssumme
- das Recht Anträge auf Entbindung von der Verpflichtung zum persönlichen Erscheinen in der Hauptverhandlung zu stellen und zurückzunehmen sowie die Befugnis zur Vertretung in Abwesenheit gem. §§ 233 I, 234, 329, 350, 411 Abs. 2 StPO
- die Zustellungsvollmacht für alle gerichtlichen oder behördlichen Verfahren, einschließlich des Rechts zur Entgegennahme von Ladungen, auch zur Hauptverhandlung des Revisionsgerichtes im Sinne von § 350 StPO
- die Berechtigung zur Entgegennahme von Geldern und Wertsachen im Hinblick auf Hauptsachen, Zinsen und Kosten, und zwar auch insoweit, als vom dem/der Vertretenen verauslagte Kostenvorschüsse von Gerichten oder Behörden zurückerstattet oder titulierte Beträge vom Gegner der vertretenen Partei geleistet werden – unter Ausschluss der Beschränkungen des § 181 BGB; ferner die Entgegennahme von bei einer Hinterlegungsstelle aus irgendeinem Rechtsgrunde hinterlegten Geldern oder Wertsachen
- die Vertretungsvollmacht im Prozesskostenhilfe- (PKH) / Verfahrenskostenhilfe- (VKH) Bewilligungsverfahren, nicht jedoch für das Verfahren zur Überprüfung der bewilligten PKH / VKH nach Abschluss des Hauptsacheverfahrens

Balingen, den

.....
(Unterschrift)

DATENSCHUTZHINWEISE

Stand: 01/2022

Um den uns erteilten Auftrag erfüllen und Ihr rechtliches Anliegen angemessen bearbeiten zu können, ist es erforderlich, dass Sie uns über den zugrundeliegenden Sachverhalt umfassend informieren. Die so gegebenen Informationen enthalten personenbezogene Daten, ggf. auch besonders schützenswerte personenbezogene Daten, zu deren Verarbeitung wir Ihre gesonderte Einwilligung benötigen.

Mit diesen Hinweisen informieren wir Sie über den Umgang und den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten in der Anwaltskanzlei. Wir beachten straf- und berufsrechtliche Verpflichtungen sowie die gesetzlichen Vorgaben des Datenschutzes einschließlich der europaweit geltenden Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), an deren in Art. 4 DSGVO enthaltenen Begriffsbestimmungen wir uns orientieren (auszugsweise):

„**Personenbezogene Daten**“ sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (im Folgenden „betroffene Person“) beziehen; als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen identifiziert werden kann, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind.

„**Gesundheitsdaten**“ bezeichnet personenbezogene Daten, die sich auf die körperliche oder geistige Gesundheit einer natürlichen Person, einschließlich der Erbringung von Gesundheitsdienstleistungen, beziehen und aus denen Informationen über deren Gesundheitszustand hervorgehen.

„**Verarbeitung**“ bezeichnet jeden mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführten Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung.

„**Einwilligung**“ der betroffenen Person bezeichnet jede freiwillig für den bestimmten Fall, in informierter Weise und unmissverständlich abgegebene Willensbekundung in Form einer Erklärung oder einer sonstigen eindeutigen bestätigenden Handlung, mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist.

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortlicher:
Rechtsanwalt Frank Röthemeyer,
Friedrichstrasse 28, 72336 Balingen, Deutschland
Email: kanzlei@f28anwalt.de
Telefon: +49 (0) 7433 7098
Fax: +49 (0) 7433 20325

Der/die betriebliche Datenschutzbeauftragte ist unter der o.g. Anschrift erreichbar.

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wir erheben in jedem Fall der anwaltlichen Beauftragung in analoger oder digitaler Form die mit unserem Aufnahmebogen abgefragten, insbesondere die folgenden Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- Firma und Rechtsform, Vorsteuerabzugsberechtigung
- Geburtsdatum
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Telefaxnummer
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind
- Daten Ihrer Versicherungen (z.B. Rechtsschutz, Haftpflicht, Kasko, Unfall, Kranken, Berufsunfähigkeit, Rente, Leben, ...)

Erteilen Sie Mandat, werden in der Regel weitere personenbezogene Daten erhoben werden, wie z.B.:

- (weitere) allgemeine Personendaten (Name, Geburtsdatum und Alter, Geburtsort, Anschrift, E-Mail, Telefonnummer, usw.)
- Kennnummern (Sozialversicherungsnummer, Steueridentifikationsnummer, Nummer bei der Krankenversicherung, Personalausweisnummer, Matrikelnummer, usw.)
- Bankdaten (Kontonummern, Kreditinformationen, Kontostände, usw.)
- Online-Daten (IP-Adresse, Standortdaten, usw.)
- physische Merkmale (Geschlecht, Haut-, Haar- und Augenfarbe, Statur, Kleidergröße, usw.)
- Besitzmerkmale (Fahrzeug- und Immobilieneigentum, Grundbucheintragen, Kfz-Kennzeichen, Zulassungsdaten, usw.)
- Kundendaten (Bestellungen, Adressdaten, Kontodaten, usw.)
- Werturteile (Schul- und Arbeitszeugnisse, usw.)
- Gesundheitsdaten, biometrische Daten, genetische Daten, usw. gem. Art. 9 Abs.1 DSGVO
- Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten gem. Art. 10 DSGVO

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO und Art. 9 Abs. 2 DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Zugriff auf Ihre Daten können grundsätzlich alle anwaltlichen und nichtanwaltlichen Mitarbeiter sowie die zur Mandatsbearbeitung herangezogenen Auftragsdatenverarbeiter und externen Dienstleister haben, insbesondere

- Externe juristische Hilfskräfte und Unterbevollmächtigte
- Dienstleister für Bürotechnik, IT, EDV und Webhosting, Telekommunikationsunternehmen
- Aktenvernichtung
- Banken, im Rahmen des Zahlungsverkehrs
- Steuerberater und Finanzbehörden

Wir verpflichten diese Stellen, soweit sie nicht aufgrund gesetzlicher Verpflichtung ohnehin hierzu verpflichtet sind, vertraglich auf die Einhaltung des Datenschutzes und der Datensicherheit.

3. Speicherdauer, Löschung

Die für die Mandatierung erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

4. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

5. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

6. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an: kanzlei@f28anwalt.de.